



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen
Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Frieser: Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung kommunalfreundlich und bedarfsorientiert - Abgeordneter fordert Nürnberger Sozialreferenten zu konstruktiver Zusammenarbeit auf

Nürnberg, 22.3.11
Bezug:
Anlagen:

Michael Frieser, MdB

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

In der Diskussion um die angebliche Praxisferne der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung verteidigt der Nürnberger CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Frieser die Arbeit der Koalition. "Leider blenden viele Akteure von interessierter Seite die doch wesentlichen und kommunalfreundlichen Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik einfach aus. Mit der vor wenigen Wochen seitens der Bundesregierung erklärten stufenweisen Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) durch den Bund haben wir den richtigen Lösungsansatz gefunden. Konkret ergibt sich daraus bis 2015 eine Entlastung der Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Endlich wird dieser kommunalfreundliche Akt der Schröder-Regierung durch die christlich-liberale Politik der Regierung Merkel stufenweise beendet. Auch Nürnberg profitiert ganz erheblich davon - der städtische Haushalt wird um über 70 Millionen Euro bis 2014 entlastet.

Gleiches gilt für das Modellprojekt Bürgerarbeit. Den Stab über dieses Vorhaben zu brechen, bevor die davon begünstigten Menschen überhaupt mit ihrer Tätigkeit begonnen haben, ist keine vorurteilsfreie Betrachtung. Nürnberg und Fürth kommen in den Genuss von 600 Plätzen gerade für die wichtige Zielgruppe der 25- bis 35-Jährigen. Ebenso verhält es sich mit dem von Ursula von der Leyen auf den Weg gebrachten Bildungspaket für Kinder. Der Bund ist dabei auch auf die aus Nürnberg laut vorgetragene Forderung eingegangen, dass alleine die Kommunen für die Umsetzung des Bildungspakets verantwortlich sein wollen. OB Maly hat diese Lösung noch am 21. Februar in einer ausführlichen Stellungnahme als kommunalfreundlich gelobt.

Ich erwarte vom Nürnberger Sozialreferenten, die beschlossenen Maßnahmen zum Wohle der Familien solide umzusetzen, anstatt Stadtratssitzungen vornehmlich als Plattform für Pauschalkritik an der politischen Konkurrenz zu verwenden", so der Abgeordnete, der auch Mitglied der AG Kommunalpolitik seiner Fraktion ist.